



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE FRAUENFRAGE IN DER POLNISCHEN POLITIK

- ANALYSE
Frauen, Frauenbild und »Frauenfrage« 2
Bożena Chołuj, Warschau
- GRAFIKEN ZUM TEXT
Meinungsumfragen und Daten 6

- CHRONIK
Vom 20. Mai bis zum 02. Juni 2008 12

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Frauen, Frauenbild und »Frauenfrage«

Bożena Chołuj, Warschau

Zusammenfassung

Der feministische Diskurs hat sich im Polen der Transformationszeit so ausdifferenziert, dass man auch in diesem Land von Frauen, jedoch nicht mehr von einem Frauenbild sprechen kann. Es gibt zwar Bestrebungen, ein Ideal der Weiblichkeit, ein homogenes Frauenbild im Rahmen der Familienpolitik nach der Wende von 1989 herzustellen, etwa nach dem traditionellen Muster der »Mutter Polin«, aber inzwischen zerfällt auch dieses Bild im Zuge eines Pluralisierungsprozesses in mehrere Typen: Neben der »Mutter Polin« steht ihr Pendant, die emanzipierte Unternehmerin, neben der »gastronomischen Mutter« eine Karrierefrau als Politikerin oder Akademikerin, neben der keuschen Frau eine Feministin oder Hexe, je nachdem, welche Zeitung man aufschlägt. Wie die Frauen sortiert werden, ist eher von politischen Optionen abhängig und nicht von den gelebten Lebensentwürfen der Frauen selbst. Die »Frauenfrage« dagegen ist in Polen weiterhin aktuell, weil die Gleichstellung der Geschlechter seit 1989 nicht gerade oben auf der Agenda der Regierungen stand, unabhängig davon, ob sie sich als rechts oder links definierten. Ein Indikator für eine gewisse Beliebtheit, mit der diese Problematik politisch behandelt wird, ist dabei die Tatsache des immer noch fehlenden Gleichstellungsgesetzes.

Frauen

Die polnischen Frauen der Transformationszeit stellen einen Teil der Gesellschaft dar, der in der sich seit 1989 herausbildenden *civil society* besonders starken Wandlungen unterliegt. In relativ kurzer Zeit mussten sie sich neu orientieren und vor allem über ihre gesellschaftliche Stellung nachdenken, da es zu politischen Entscheidungen kam, bei denen sie nicht nach ihrer Meinung gefragt wurden, die aber für sie bis heute von existentieller Bedeutung sind. Insbesondere die Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes Anfang der 1990er Jahre war schockierend. Damit verloren die Polinnen das Recht, über ihren Körper und die Schwangerschaft selbst zu verfügen. Die Mündigwerdung der Gesellschaft, die mit der Wende begann, umfasste unverhofft vor allem Männer, denn Frauen konnten in ihrer Sache politisch selbst nichts bewirken. Es war eine ganz neue Erfahrung, denn die meisten Frauen fühlten sich – historisch gesehen – lange Zeit den Männern politisch ebenbürtig. Diese positive Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse im politischen Bereich hat in Polen eine lange Tradition. Sie reicht bis in die Epoche der Teilungen Polens hinein. Unter der preußischen und russischen Fremdherrschaft entwickelte sich der private Bereich zu einer Ersatzöffentlichkeit, in der die Erziehung der Kinder als politischer Kampf um die nationale Unabhängigkeit galt. So waren die Polinnen in der Rolle der Mütter und Erzieherinnen zugleich politische Aktivistinnen, die mit Männern Hand in Hand um das Polentum bemüht waren. Viele von ihnen engagierten sich sogar direkt in beiden nationalen Aufstän-

den (1830/31 und 1863), was die Women's Studies-Forschung aufzudecken beginnt. Die nationale Unabhängigkeit Polens war für die polnische erste Frauenbewegung sogar genauso wichtig wie Frauenrechte, da ohne eine autonome polnische Regierung die Frauen keinen Adressaten für ihre Forderungen hatten, zumal sie mit den Besatzungsmächten in keiner Weise kollaborieren wollten. Erst nach 1918 differenzierten sich die emanzipatorischen Positionen der Frauen, unter ihnen gab es Vorkämpferinnen eines modernen feministischen Diskurses (Narcyza Żmichowska, Gabriela Zapolska) und Frauen, die der nationalen Idee treu blieben und ihre politische Rolle vor allem in der Mutterrolle sahen. Trotz dieser Unterschiede hat die erste Frauenbewegung das Wahlrecht für Frauen als das wichtigste gemeinsame Ziel erreicht

Diese Pluralisierung der Meinungen und Gruppierungen von engagierten Frauen nach 1918 dauerte viel zu kurz, um mentale Spuren zu hinterlassen. Die deutsche Besatzung nach 1939 und der Krieg selbst sowie die darauf folgende sowjetische Dominanz bedeuteten für beide Geschlechter eine ähnliche Situation wie vor 1918. Wieder kämpften sie auf der einen oder anderen Seite der Barrikade gemeinsam. Die erste Frauenbewegung wurde nach 1945 zu einer bürgerlichen Bewegung von wohlhabenden Frauen erklärt und als klassenfeindlich aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt. Erst im Jahre 2000 wurden durch die Publikation *Chcemy całego życia* (Wir wollen das ganze Leben) ihre Postulate und Probleme aus der Zwischenkriegszeit in Erinnerung gebracht, und es hat sich erwiesen, dass sie wieder aktu-

ell sind, zumal viele neue Politiker nach der Wende von 1989 an die katholische Vorkriegstradition anknüpfen, auch in Bezug auf Geschlechterfragen.

Die Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes nach der Wende rief eine Welle von Frauenprotesten hervor. Mit dieser Bataille, die bis heute immer noch erfolglos weitergeführt wird, begann die zweite Frauenbewegung in Polen, was nicht bedeutet, dass die meisten Polinnen dazu gehören. Der Bericht *Krajowy System Monitorowania Równego Traktowania Kobiet i Mężczyzn* (Landesmonitoringsystem der Gleichbehandlung von Frauen und Männern) von 2006 bietet Daten, die von einer zunehmenden Aktivität der Frauen auch in anderen Lebensbereichen als nur dem politischen zeugen. Sie engagieren sich vor allem in der Wirtschaft, in der sie meistens Kleinunternehmen gründen. Immer häufiger treten sie in der Öffentlichkeit mit ihren eigenen Angelegenheiten auf, als Schriftstellerinnen, Künstlerinnen und Intellektuelle. Weiterhin verfügen sie aber über keine rechtliche Grundlage in der Weise, wie sie in vielen EU-Ländern gegeben ist, seit 2005 auch über keine politische Institution mehr, die ihre Interessen unabhängig von der politischen Richtung der aktuell regierenden Parteien vertreten würde. Dies führt zu einer weiteren Differenzierung des Frauenmilieus, in der nach unterschiedlichen Wegen gesucht wird, um die polnische »Frauenfrage« zu lösen.

Frauenbild

Seitdem Frauen als politische Subjekte in ihrer eigenen Sache in der neuen politischen Situation aufzutreten versuchen, zerfällt das eine dominante Frauenbild, das als Mythos »Mutter Polin« bekannt war. Im Kampf um Symbole und um die Sprache zu Anfang der Transformationszeit gab es Versuche, ihn zu revitalisieren und in den politischen Dienst zu stellen, zur Wiederherstellung der katholischen Vorkriegstradition. Dieser Mythos, den Adam Mickiewicz (1798–1858, polnischer Nationaldichter, Publizist und politischer Aktivist) vor dem sich ankündigenden Novemberaufstand von 1830/31 mit seinem Gedicht *An die Mutter Polin (Do Matki Polki)* prägte, definiert die Frau als Mutter, die ihren Sohn zu einem heroischen Kämpfer für die Souveränität der polnischen Nation erziehen soll. Mit dem EU-Beitritt Polens verlor diese Vorstellung an Aktualität. Sie wandelte sich bis zur reduzierten Form, nach der die Mutter in der Familie nur eine versorgende Rolle spielt, weil die Heroen in friedlichen Zeiten nicht mehr gefragt sind, wofür Sławomira Walczewska den ironischen Begriff »gastronomische Mutter« prägte.

Dieser feministischen Sicht versuchen rechte Kreise das Problem der sinkenden Geburtenrate und der schnell alternden Gesellschaft sowie des Familienzerrfalls entgegen zu setzen. Im klerikal-nationalistischen *Nasz Dzień-*

nik (Unsere Tageszeitung) werden liebende Mütter aus kinderreichen Familien beschrieben und mit »bösen« Frauen konfrontiert, die im Rahmen ihres Kampfes um Geschlechtergleichheit eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes fordern. In dieser Polarisierung der Frauentypen wird eine Rhetorik angewendet, die einerseits mit der Idealisierung der »Mutter Polin« zusammenhängt, andererseits mit der Hexenverfolgung. Das Wort »Hexe« wird in dieser Presse in Bezug auf die polnischen Feministinnen auch ungeniert benutzt, was auf dem traditionellen und volkstümlichen Katholizismus basiert, der nach 1989 zu Wort kam, vor allem über den fundamentalistischen ultrarechten Sender *Radio Maryja* des Paters Tadeusz Rydzyk.

Neben der Feministin, der Hexe, der liebenden Mutter gibt es noch ein anderes Bild: die emanzipierte Erfolgsfrau, das vor allem in der liberalen Presse (vgl. die Monatsschrift für Frauen *Twój Styl* – Dein Stil) entwickelt wird. Ein negatives Pendant zu ihr ist die Karrierefrau, die sich ihrem Notebook wie einem Kind zuwendet, also ihre »natürliche« mütterliche Rolle verfehlt, indem sie sich für die berufliche Karriere und gegen die Kinder entscheidet (Wochenzeitschrift *Wprost* – Direkt). Dieser Mechanismus der Polarisierung von Frauentypen versagte in Bezug auf lesbische Frauen. Sie wurden in den sogenannten Gleichheitsmärschen präsent, die als Demonstrationen von Transformationsverlierern, wie Arbeitslosen, Feministinnen, allein erziehenden Müttern und Homosexuellen, in Polen seit 2001 stattfinden. In den Jahren 2004–2005 wurden diese Veranstaltungen durch permanente Anfeindungen der offiziellen Instanzen zum Marsch der Homosexuellen erklärt. Seit dieser Zeit treten homosexuelle Kreise und in ihnen auch lesbische Frauen offen gegen ihre Marginalisierung und Diskriminierung auf. Hier und da versuchte man gegen sie ein Bild des männlichen Weibes (*chłopobaba*) aufzustellen, aber als dieses nicht richtig wirksam wurde, begannen die rechtsorientierten Politiker und Aktivisten die Homosexualität mit der Devianz, dem Kranken und Abnormalen gleichzusetzen.

»Frauenfrage«

Der Entwurf des Gleichstellungsgesetzes für Frauen und Männer wurde insgesamt sieben Mal verändert. Keine der Versionen wurde jedoch im Parlament akzeptiert. Trotz der Aufforderung der EU-Kommission von 2004 zur Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes und trotz permanenter Bemühungen vieler Frauenorganisationen (vor allem der Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung) um Änderungen dieses Gesetzes, damit es den Frauen keinen Schaden mehr zufügen kann, bleibt alles beim Alten und die Abtreibungsfrage kehrt immer wieder zurück, bei jeder politischen Krise, als wäre sie ein Ersatzproblem für Fragen, deren

Diskussion zu heikel ist. Die politische Partizipation der Frauen wird in jeder Wahlkampagne neu diskutiert, aber über eine 30 %-Quotierung auf den Wahllisten einiger Parteien sind die politischen Vorschläge in diesem Bereich bis heute nicht hinausgegangen. In der Arbeitswelt ist die Frage der Kinderbetreuung nicht gelöst, und die Regierung von Jarosław Kaczyński (Juli 2006 bis November 2007) verlängerte wieder den Mutterschaftsurlaub, wodurch die Konkurrenzfähigkeit der Frauen auf dem freien Arbeitsmarkt radikal sinkt.

Die Liste der nicht erledigten Probleme der Geschlechter- und Frauenpolitik in Polen, die familienorientierter ist als zuvor, ist lang. Die Frauen werden als integraler Teil einer traditionell aufgefassten Familie betrachtet. Die Familienpolitik konzentriert sich auf sie als Mütter oder als Schwangere. Nach der Entbindung bekommen sie 1000 Złoty »Entbindungsgeld« (*Becz-kowe*), unabhängig von ihrer finanziellen Lage, womit die staatliche Unterstützung für sie aber schon so gut wie ausgeschöpft ist, denn das Kindergeld, welches kinderreiche Familien bekommen, ist sehr gering bemessen und stellt eher eine symbolische denn eine reale Hilfe dar. Die sogenannte »Frauenfrage« ist daher durchaus aktuell, ja seit 2005 wurde sie aktueller denn je, weil Regierung und staatliche Institutionen auf die Forderungen von Frauen überhaupt nicht reagieren. Die Kommunikation zwischen der Regierung und feministisch gesinnten Nichtregierungsorganisationen, in denen die eigentliche zweite Frauenbewegung Polens verankert ist, funktioniert nicht mehr. In dieser Situation erfahren die Polinnen, dass die Idee der *civil society* nur so lange praktiziert werden kann, solange der politische Wille seitens der staatlichen Macht dazu besteht.

Durch diese Strategie der rechten Regierung ist die Frauenbewegung heute praktisch lahmgelegt, auf eine stille Art, ohne Repressionen, Marginalisierungen oder Diskriminierung. Dies war zum großen Teil deswegen möglich, weil diese Bewegung sich in Form von Nichtregierungsorganisationen entwickelte, die nur in demokratischen Strukturen wirksam sein kann. Als solche betrieb sie mit den bisherigen regierenden Parteien Lobbying und verhandelte mit den aktuellen Politikern in der Hoffnung, auf dem Wege konstruktiver Vorschläge die Situation der Frauen in Polen ändern zu können. Die polnische Frauenbewegung verstand sich nie als eine radikale oder revolutionäre Kraft. Ihre Aktivistinnen stammen zum großen Teil aus den *Solidarność*-Kreisen, die ihre erste Schule für diese Umgangsformen im politischen Handeln waren. Als Basis für ihre Bemühungen nahmen sie nach der Wende nicht nur die europäischen Standards der Geschlechterpolitik, sondern auch Regelungen aus der Zeit vor 1989, vor allem jene wie das Recht auf Selbstbestimmung in Sachen Abtreibung, abgesicherte Arbeitsplätze nach dem

Mutterschaftsurlaub (max. 10 Jahre Erziehungsurlaub im Falle von behinderten Kindern), zahlreiche Kinderkrippen und Kindergärten. All dies war in der Volksrepublik Polen eine Realität, die nach der Wende verloren gegangen ist. Als sich die Frauen in den 1990er Jahren für diese Ziele einzusetzen begannen, wurden sie der kommunistischen Gesinnung bezichtigt, nach dem Motto, dass sie das Gleiche wollten wie die kommunistische Ideologie, die nach 1945 mit der Losung »Frauen auf die Traktoren« um Frauen warb. Die politisch aktiven Frauen wussten nach der Wende von 1989 aber sehr wohl mit der politischen Vergangenheit der Volksrepublik Polen kritisch umzugehen. Es war bekannt, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter einerseits durch den Artikel 78 der alten Verfassung garantiert war, andererseits aber enthielt diese Paragraphen, die die Doppelbelastung der Frauen legitimierten: »Die Volksrepublik Polen fördert die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, vor allem die der Mütter und der berufstätigen Frauen.« Die Mutterschaft wurde nach 1945 wieder zur wichtigsten Heldentat der Frauen für den Staat, diesmal, um den Bevölkerungsmangel in den ehemals deutschen Gebieten (vor allem Masuren, Pommern und Niederschlesien) zu beheben. Das Abtreibungsgesetz wurde erst nach 1959 so liberal, dass Polinnen selbst entscheiden konnten, wann, wie viele und mit wem sie Kinder haben wollten. Politische Macht haben sie dagegen nie gehabt. Es gab zwar weibliche Abgeordnete, aber kaum Frauen im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Das neue Regime bot ihnen in den 1950er Jahren nur die Liga der Frauen als Massenorganisation, aber auch dort war kritisches Engagement nicht gefragt. Erst in der *Solidarność* engagierten sich die Frauen politisch, vor allem nach der Internierung vieler Mitglieder während des Kriegszustandes, den General Jaruzelski im Dezember 1981 verhängte: Sie reaktivierten diese freie Gewerkschaft im Untergrund.

Heute sind es ca. 300 Organisationen in ganz Polen, die sich in Frauenprojekten engagieren, mit denen sie die durch den Staat vernachlässigte Geschlechterpolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten, im sogenannten dritten Sektor, dem Sektor der Bürgerinitiativen, gestalten. Als Akteurinnen der polnischen Frauenbewegung befassen sie sich mit Nachdruck mit der Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Regionale Frauenorganisationen, wie z.B. die KARAT-Koalition, ein Netzwerk mittel- und osteuropäischer Fraueninitiativen, oder nationale Organisationen wie etwa *NEWW-Polska* in Danzig, unterstützen den Aufbau ökonomischer Kompetenz und politischer Einflussnahme von Frauen. Sie fragen nach der geschlechtsrelevanten Rolle ausländischer Investitionen, analysieren die Wirkung der europäischen Beschäftigungsmaßnahmen auf die Arbeits-

märkte und pochen auf Gender Mainstreaming im Bereich der Haushalts- und Finanzplanung. All diese Initiativen können jedoch nur dann effektiv sein, wenn die entsprechenden Ministerien kooperieren, was einer politischen Situation bedarf, in der die regierende Elite den Bürgerinitiativen ein gewisses Maß an Kompetenz zuspricht. Andernfalls stellen diese Initiativen nur eine Nischenarbeit dar, die keinen bedeutenden Einfluss auf die Situation der Frauen haben kann.

Auch Frauen, die die Fraueninteressen nicht im feministischen Sinne vertreten, können zur Lösung von »Frauenfragen« kaum etwas beitragen. Viele, unter ihnen auch Gläubige, versuchen sich dafür in den Pro-Life-Organisationen einzusetzen, die sich einer starken Unterstützung der katholischen Kirche und der rechten Parteien erfreuen. Aber auch ihnen gelang es bis heute nicht, die Familienpolitik so zu beeinflussen, dass man sagen könnte, wenigstens in der Familie ist die Frauenexistenz zufriedenstellend abgesichert. Sogar unter den eher indifferenten Frauen rührte sich in der letzten Zeit der politische Gestaltungswille, als die Schriftstellerin Manuela Gretkowska 2007 eine Frauenpartei gründete und zur Mitgliedschaft aufrief. Die Partei, die ideologisch eindeutig auf dem rechten Flügel anzusiedeln ist – sie schließt beispielsweise lesbische Frauen von der Mitgliedschaft aus, will Frauen nur im Kontext der Familie vertreten – zählt nach den Angaben der Initiativgruppe ca. 700.000 Menschen. Diese Zahl zeugt davon, dass sogar die bisher politisch nicht aktiven Frauen sehen, dass die Frauenfrage in der polnischen Politik systema-

tisch außen vor bleibt. Die Frauenpartei, die als politische Form in der zweiten Frauenbewegung lange Zeit unbeliebt war, ist daher heute für jene Frauen interessant, die von den Feministinnen zwar nicht gewonnen werden konnten, aber durch ihre langjährige Aufklärungsarbeit für die Frauenfrage sensibilisiert wurden.

Die »Frauenfrage« bleibt in Polen wohl so lange ungeklärt, wie die Frauen im politischen Leben und in Entscheidungsgremien im Bereich der Wissenschaft, Ökonomie und Politik unterrepräsentiert sind. Dieser Trend konnte im politischen Bereich nur kurz mit den Wahlen von 2001 gebrochen werden, was dank der Wahlkoalition der Frauen (*Przedwyborcza Koalicja Kobiet – PKK*) möglich war, die die Frauen bei dieser Wahlkampagne in ganz Polen unabhängig von ihrer politischen Option unterstützt hatte. Die Frauen wurden dadurch zum ersten Mal durch kandidierende Parteien als Wählerinnen ernst genommen. Beispielsweise haben linke Parteien die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Sozialdemokratie, Arbeitsunion und Bürgerplattform haben eine Quote von 30 % für Frauen auf den Wahllisten eingeführt. Die Wahlversprechungen sind jedoch nie eingelöst worden. Darüber hinaus ist diese Art der Solidarität bei der heutigen Ausdifferenzierung der Gesellschaft nicht durchzuhalten. Was als Hoffnung bleibt, ist eine konsequente frauenfreundliche Geschlechterpolitik der EU, der sich Polen im Zuge der Modernisierung und Demokratisierung anpassen muss.

Bei dieser Analyse handelt es sich um die gekürzte, leicht veränderte Fassung eines Beitrags von Bożena Chołuj für den in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung im Spätherbst 2008 erscheinenden »Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur«, hrsg. v. Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz, Bonn 2008.

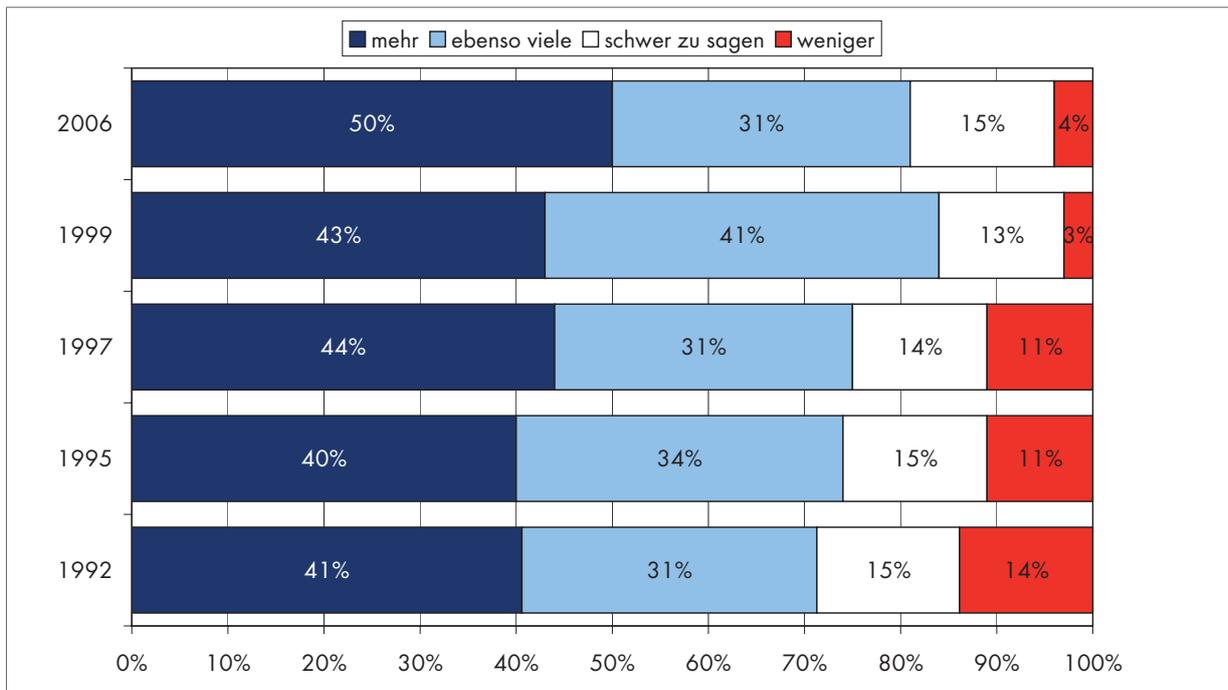
Über die Autorin

Prof. Dr. Bożena Chołuj ist Germanistin, Literaturwissenschaftlerin und Kulturwissenschaftlerin. 1995 gründete sie zusammen mit Prof. Dr. Małgorzata Fuszara die Gender Studies an der Universität Warschau und leitet sie bis heute als Codirektorin. Seit 2006 leitet sie an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) den Lehrstuhl für Deutsch-Polnische Literatur- und Kulturbeziehungen und Gender Studies. Sie arbeitet mit mehreren NGOs im Bereich der Geschlechterpolitik in Polen und Deutschland zusammen sowie mit dem Rosa-Mayreder-College in Wien und mit dem Ludwik-Fleck-Zentrum in Zürich.

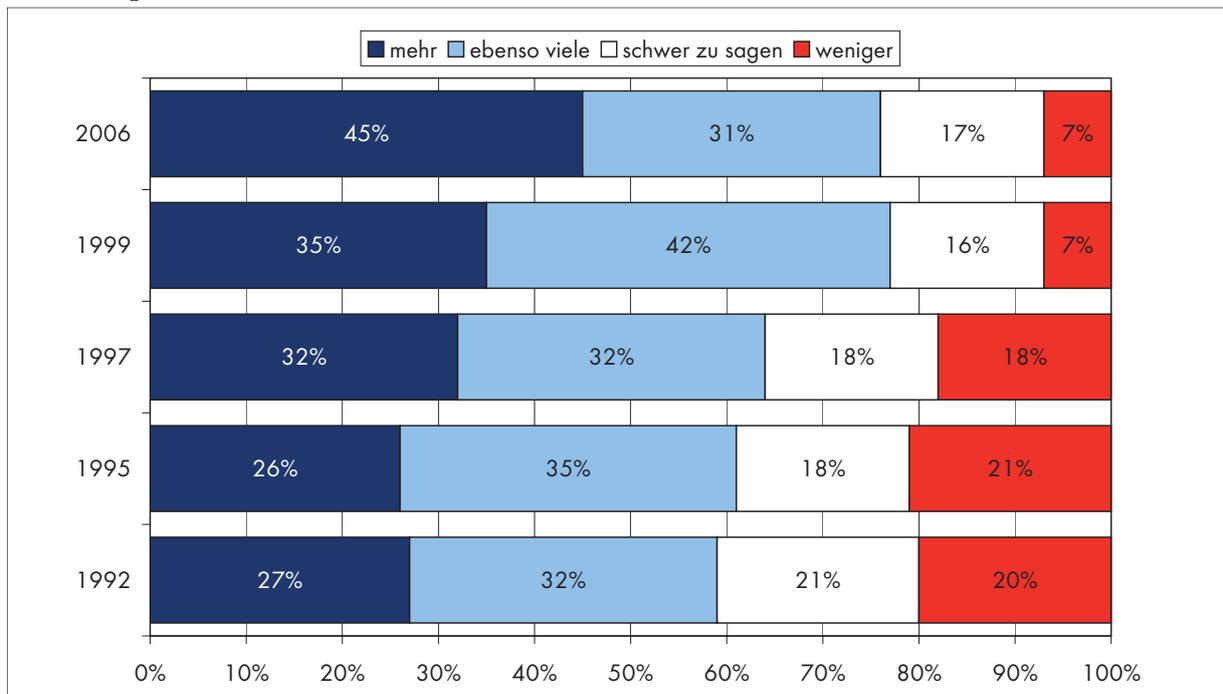
Grafiken zum Text

Meinungsumfragen zur Gleichberechtigung

Sollten mehr, ebenso viele oder weniger Frauen als gegenwärtig führende Positionen einnehmen?
... in der Regierung



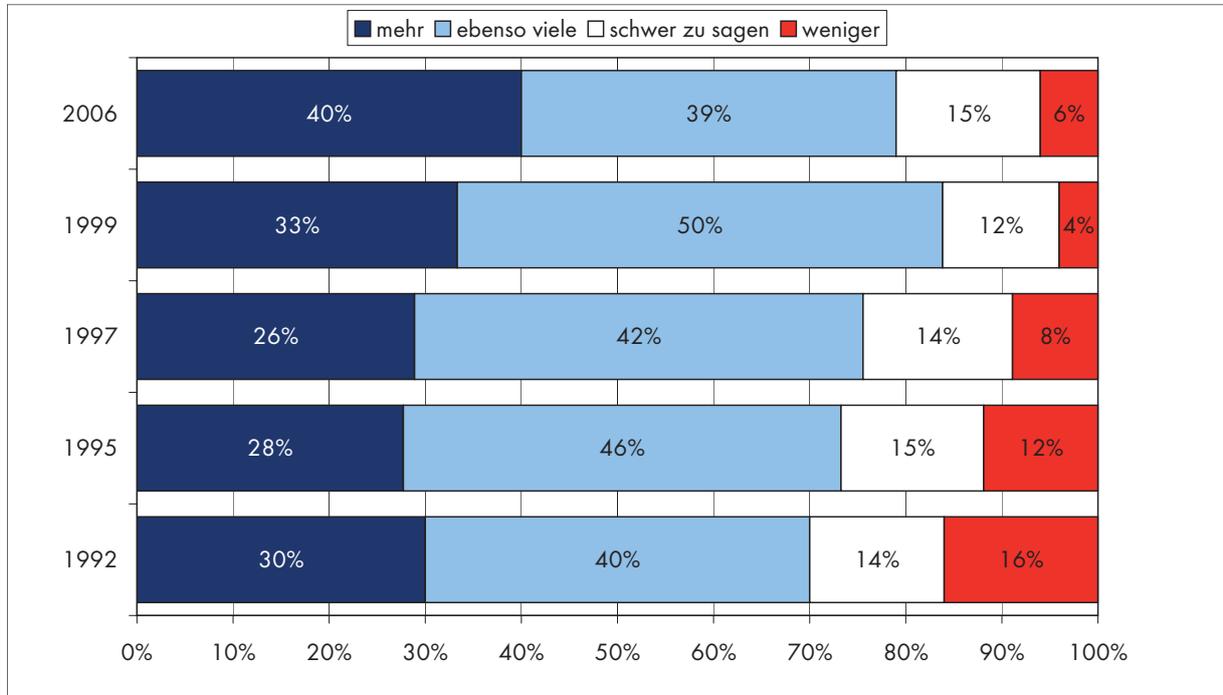
... in den politischen Parteien



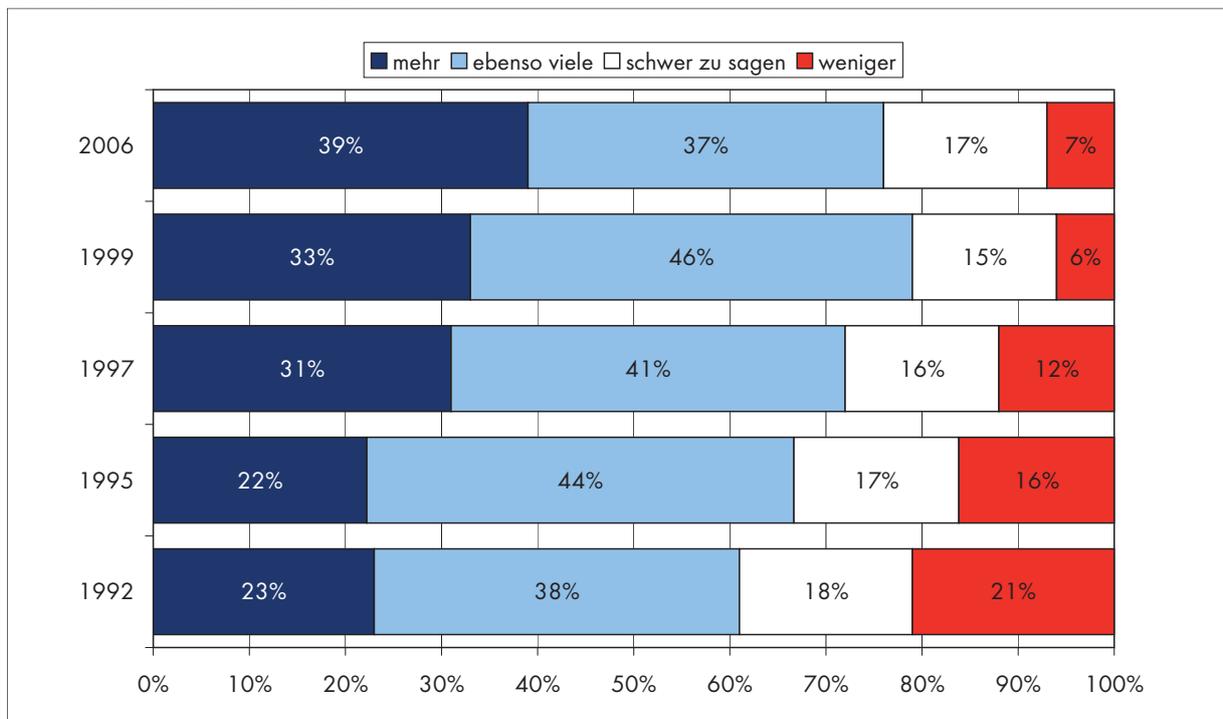
Quelle: CBOS, BS/186/2006, *Udział kobiet w życiu publicznym. [Die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Sollten mehr, ebenso viele oder weniger Frauen als gegenwärtig führende Positionen einnehmen?

... in der staatlichen Verwaltung



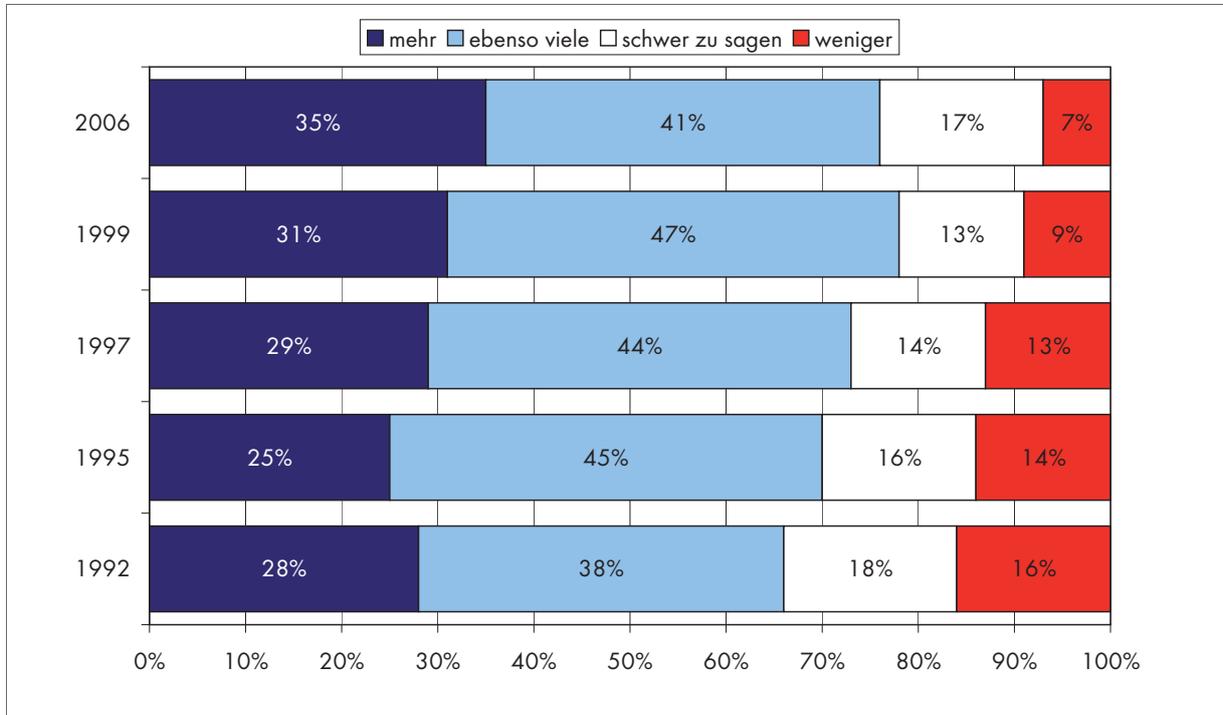
... in Industrieunternehmen



Quelle: CBOS, BS/186/2006, *Udział kobiet w życiu publicznym. [Die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

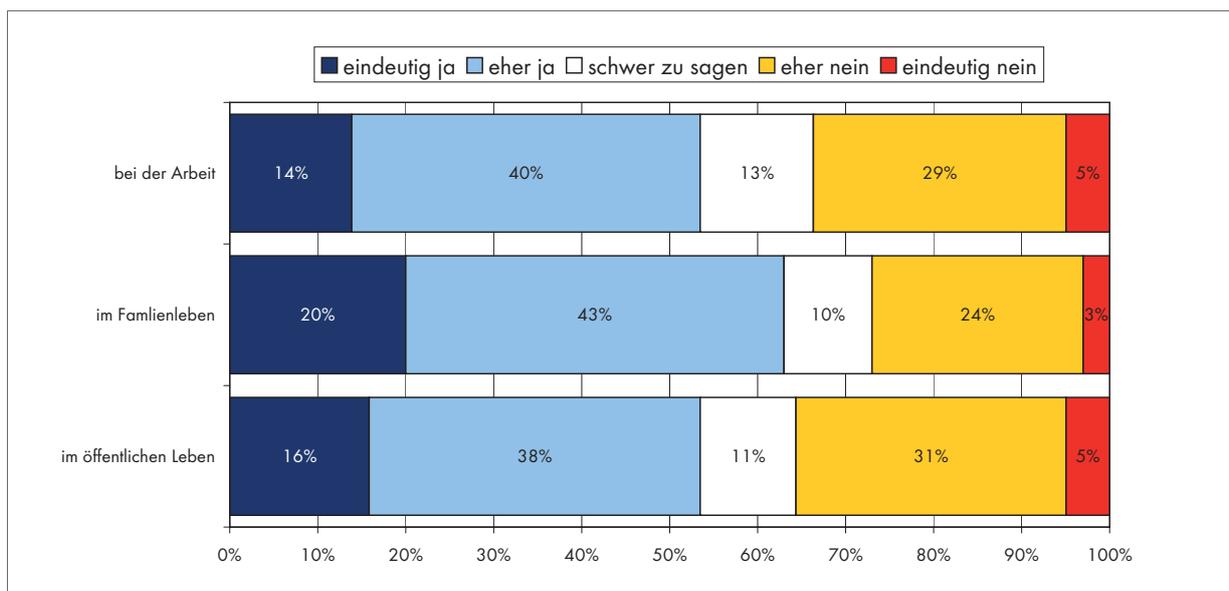
Sollten mehr, ebenso viele oder weniger Frauen als gegenwärtig führende Positionen einnehmen?

... im Gerichtswesen



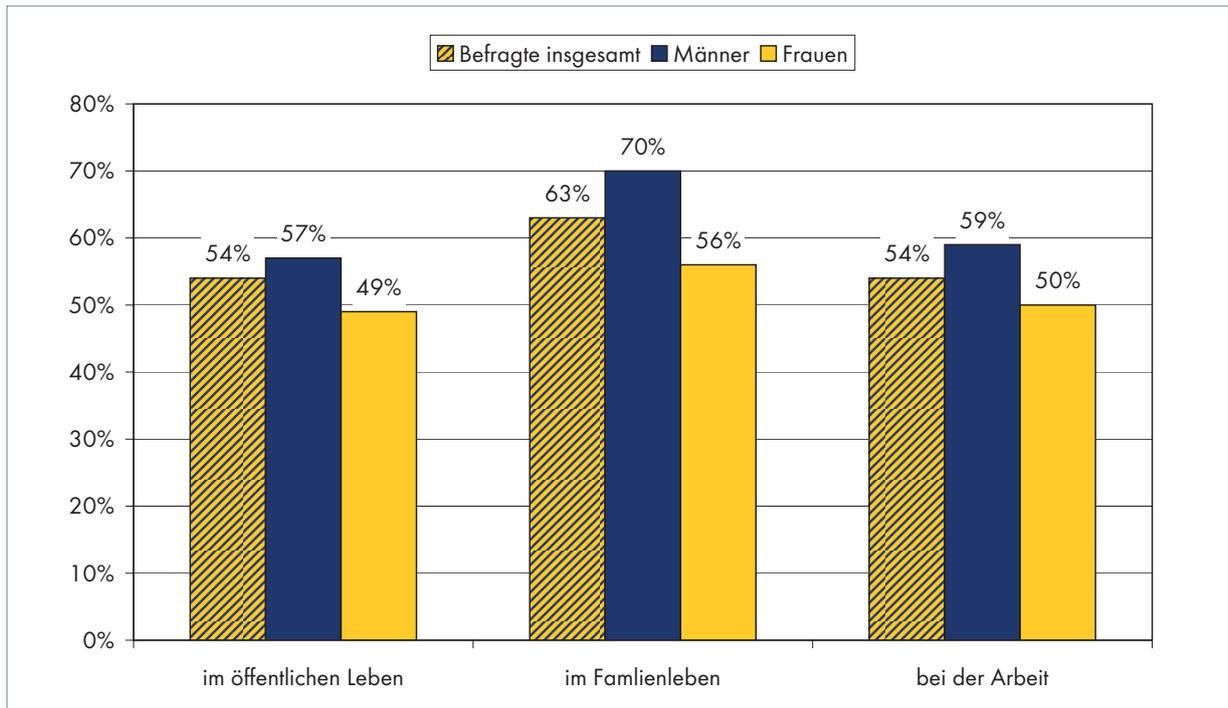
Quelle: CBOS, BS/186/2006, *Udział kobiet w życiu publicznym. [Die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Garantiert das gegenwärtig geltende Recht in Polen in ausreichendem Maß die Gleichbehandlung von Frauen und Männern? (%)



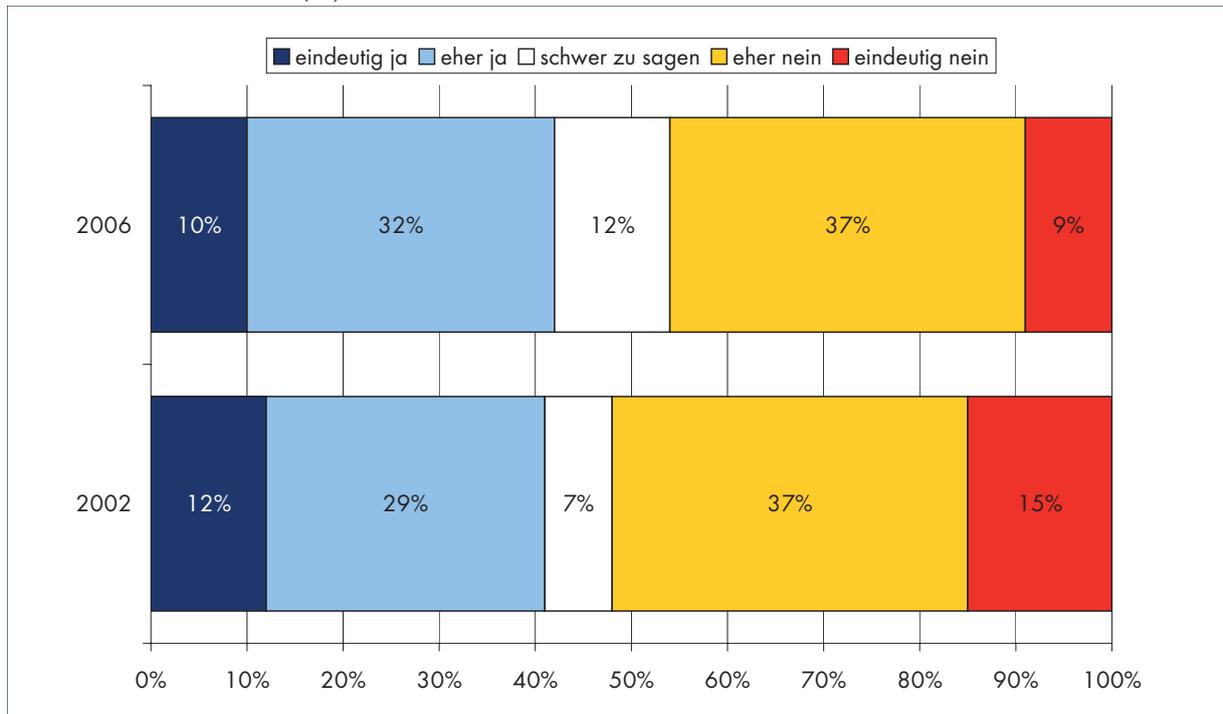
Quelle: CBOS, BS/182/2006, *Kobiety w społeczeństwie – równouprawnienie czy dyskryminacja. [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Garantiert das gegenwärtig geltende Recht in Polen in ausreichendem Maß die Gleichbehandlung von Frauen und Männern? (%)



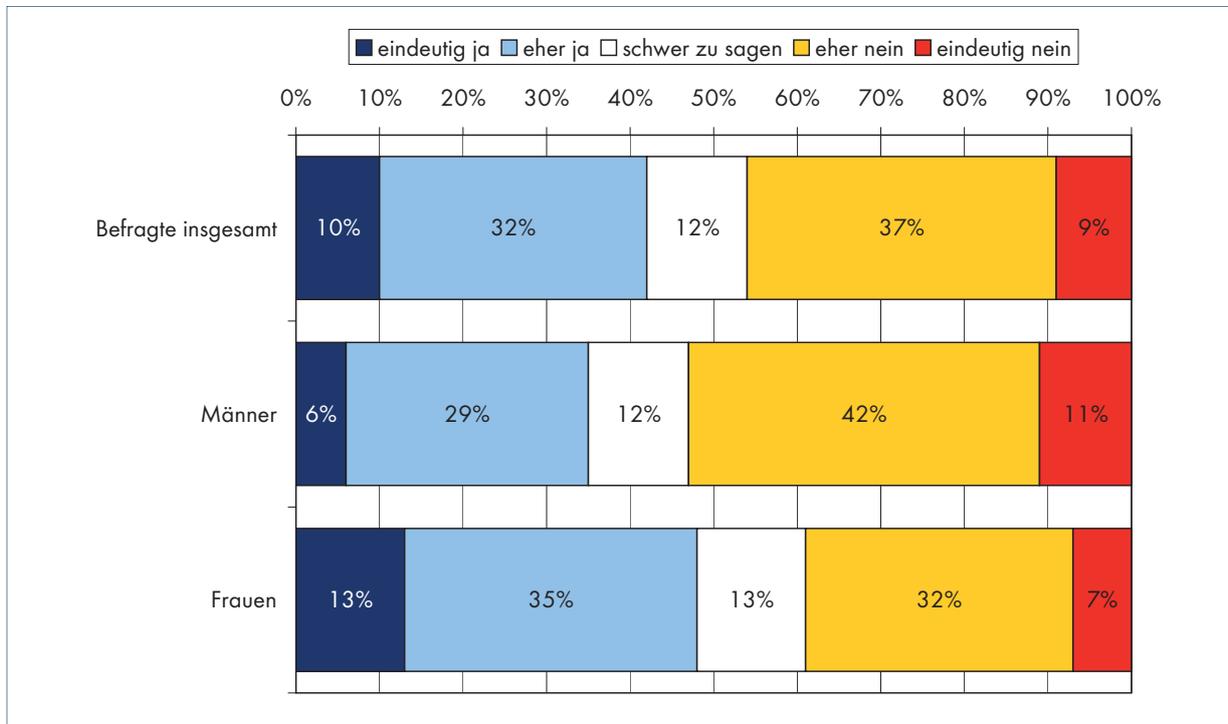
Quelle: CBOS, BS/182/2006, *Kobiety w społeczeństwie – równouprawnienie czy dyskryminacja*. [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung.], Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Werden Frauen in Polen diskriminiert, d.h. haben Frauen weniger Chancen und Möglichkeiten im Leben als Männer? (%)



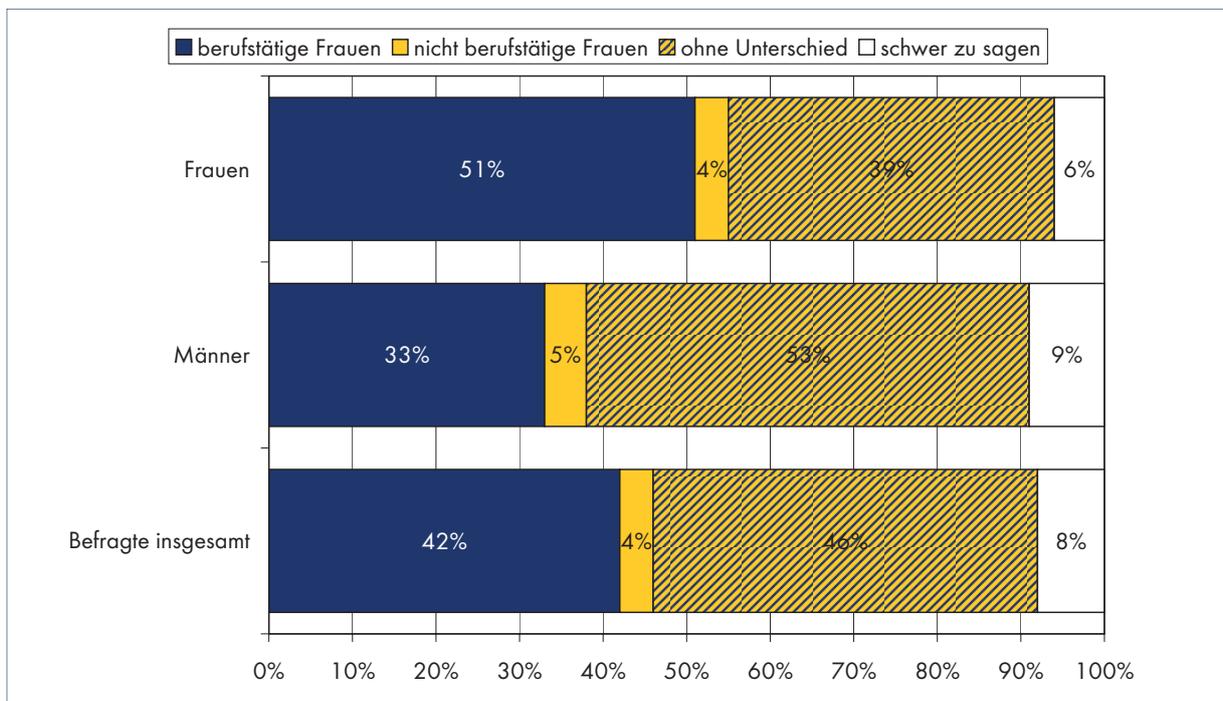
Quelle: CBOS, BS/182/2006, *Kobiety w społeczeństwie – równouprawnienie czy dyskryminacja*. [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung.], Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Werden Frauen in Polen diskriminiert, d.h. haben Frauen weniger Chancen und Möglichkeiten im Leben als Männer? (%)



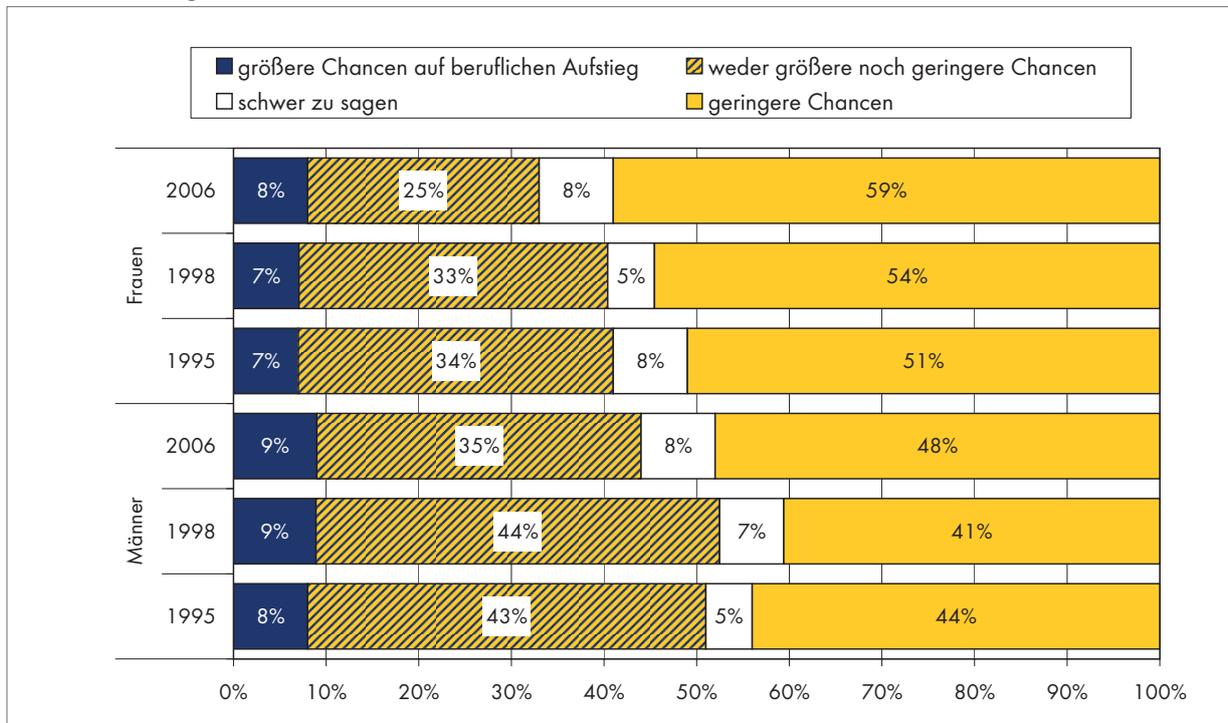
Quelle: CBOS, BS/182/2006, *Kobiety w społeczeństwie – równouprawnienie czy dyskryminacja. [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Wer, glauben Sie, wird in der polnischen Gesellschaft mehr geachtet? (%)



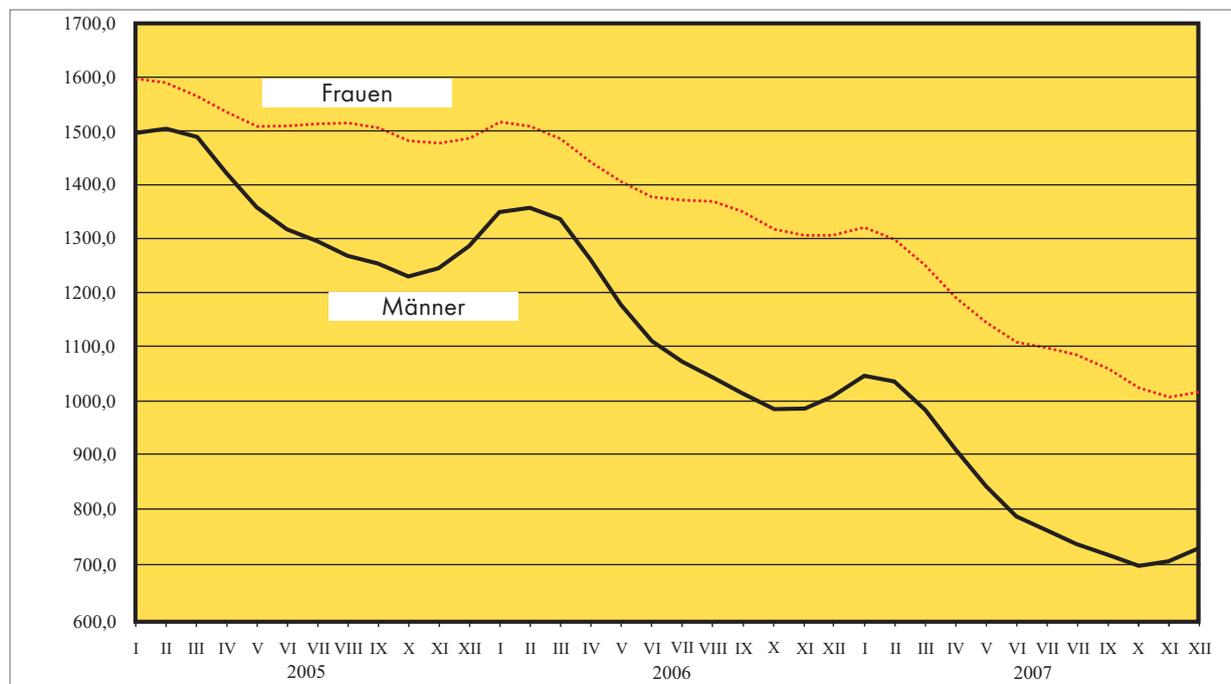
Quelle: CBOS, BS184/2006, *Opinie o pracy zawodowej kobiet. [Meinungen über die Berufstätigkeit von Frauen.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Haben Frauen in Polen, die den gleichen Beruf ausüben und die gleiche Ausbildung wie Männer haben, im Vergleich zu Männern ... (%)



Quelle: CBOS, BS184/2006, *Opinie o pracy zawodowej kobiet. [Meinungen über die Berufstätigkeit von Frauen.]*, Warszawa, 12/2006, www.cbos.pl

Registrierte Arbeitslose nach Geschlecht (in Tsd.)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: *Bezrobocie rejestrowane, I – IV kwartał 2007. [Registrierte Arbeitslosigkeit, I. – IV. Quartal 2007.]*, Warszawa 2008, www.gov.stat.pl

Chronik
Vom 20. Mai bis zum 02. Juni 2008

20.05.2008	Nach einer vom Meinungsforschungsinstitut TNS OBOP durchgeführten Umfrage wird die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Straßenbau und Verwaltungsreform besser als die Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński bewertet. Schlechter schneidet sie dagegen in den Bereichen Gesundheitswesen, öffentliche Finanzen und Vorbereitung der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine EURO 2012 ab. 79 % der Befragten machten keine Angabe zu der Frage, welche Aufgabe die gegenwärtige Regierung in den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit erfolgreich erledigt habe.
20.05.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich trifft sich in Warschau mit seinem deutschen Kollegen Franz Josef Jung. Jung erklärt, Deutschland werde die polnischen Bemühungen unterstützen, in Polen ein Verbindungsbattalion der NATO zu stationieren. Darüber hinaus wolle man sich für eine gemeinsame Militäreinheit im Rahmen des Weimarer Dreiecks einsetzen.
21.05.2008	Nach seinem einwöchigen Besuch in Lateinamerika hält Ministerpräsident Donald Tusk Kritikern entgegen, dass sowohl sein Aufenthalt in Peru und Chile als auch die polnische Teilnahme am EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima für den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen von großer Bedeutung gewesen sei. Er habe u.a. Gespräche über eine polnisch-brasilianische Zusammenarbeit der Werften geführt und über Investitionen polnischer Firmen in Peru.
21.05.2008	Nach Einschätzung des amerikanischen Hauptverhandlungsführers für das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen, Steven Mull, muss Polen selbst den Hauptanteil zur Finanzierung der Modernisierung der polnischen Armee tragen. Polen hatte die Unterstützung der Modernisierung durch Washington zur Bedingung für die Errichtung des Abwehrsystems gemacht.
23.05.2008	In Kiew nehmen die Staatspräsidenten von Polen, Litauen, Estland, der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan an einem Energiegipfel teil und unterzeichnen eine Deklaration zu den globalen Grundsätzen der Energiesicherheit. In dieser fordern sie u.a., Energie nicht als Mittel für politische Zwecke einzusetzen. Vereinbart werden weitere Absprachen über die Bildung einer gemeinsamen Institution zur Koordination des Öltransits.
23.05.2008	Ministerpräsident Donald Tusk resümiert die ersten sechs Monate der Tätigkeit seiner Regierung. Die Zusammenarbeit in der Koalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) bewertet er als musterhaft. Grundlegendes Ziel der Regierung sei es, den Lebensstandard der Polen zu verbessern. Im Bereich der Außenpolitik hebt Tusk hervor, es sei gelungen, das Ansehen Polens in der Europäischen Union insbesondere dank der Erwärmung der Beziehungen zu Russland und zu Deutschland zu verbessern. Gemeinsam mit Außenminister Radosław Sikorski bemühe er sich um Verständigung und Geschlossenheit zwischen Regierung und Staatspräsident Lech Kaczyński im Bereich der Außenpolitik. Die Opposition kritisiert Tusks Zusammenfassung als oberflächlich und unkonkret.
24.05.2008	In einem Interview für die Tageszeitung „Dziennik“ wirft der ehemalige Ministerpräsident und derzeitige Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in London, Kazimierz Marcinkiewicz, Staatspräsident Lech Kaczyński vor, dieser habe ihn im Dezember 2005 als damaligen Ministerpräsidenten vom Geheimdienst (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) überwachen lassen wollen. Der Grund dafür sei gewesen, Jarosław Kaczyński zum Ministerpräsidenten zu machen. Der damalige Chef des Geheimdienstes, Witold Marczuk, habe das Ansinnen abgelehnt.
25.05.2008	Auf der 1. Landesversammlung der Polnischen Linken (Polska Lewica) wird Leszek Miller ohne Gegenkandidaten zum Parteivorsitzenden gewählt. Miller hatte im September 2007 seine Mitgliedschaft in der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) aufgekündigt, da er keinen Platz auf der Sejm-Wahlliste der Koalition Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci), der die SLD angehört, erhalten hatte. Daraufhin hatte Miller auf Platz Eins der Wahlliste der Samoobrona (Selbstverteidigung) in Lodz für den Sejm kandidiert; diese hatte aber nicht genügend Stimmen erhalten, um in den Sejm einzuziehen. Daraufhin entschloss sich Miller, eine neue Partei zu gründen.
26.05.2008	Auf der Sitzung der EU-Außenminister in Luxemburg stellt Außenminister Radosław Sikorski ein mit dem schwedischen Außenminister Carl Bildt erarbeitetes Konzept zur Stärkung der östlichen Dimension der EU-Nachbarschaftspolitik vor, die die Ukraine, Moldawien, Aserbaidschan, Armenien, Georgien und in Zukunft evtl. auch Belarus umfassen soll. Es sieht verstärkte Initiativen im Bereich Visumsvereinbarungen, Freihandelszonen, Zusammenarbeit im Transportwesen, Umweltschutz und Grenzschutz zwischen der EU und den betreffenden Ländern vor. Dieses Programm erfordere keine zusätzlichen Gelder aus dem Budget der EU. Eine Einbindung in die Partnerschaft bedeute kein EU-Beitrittsversprechen .

27.05.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński versichert, er habe keine Überwachung des ehemaligen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz durch den Geheimdienst (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) im Dezember 2005 angeordnet. Hintergrund sind die von Marcinkiewicz formulierten Vorwürfe in der vergangenen Woche. Auf Anweisung der Landesstaatsanwaltschaft wird sich die Kreisstaatsanwaltschaft in Warschau mit dem Fall befassen.
28.05.2008	Während des Besuchs des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in Warschau wird eine Erklärung über eine strategische Partnerschaft zwischen Polen und Frankreich unterzeichnet, die u.a. die enge Zusammenarbeit in der EU und der NATO und die Kooperation im Energiebereich vorsieht. Außerdem kündigt Sarkozy die Öffnung des französischen Arbeitsmarkts für Polen ab dem 1. Juli 2008 an.
29.05.2008	Im Zusammenhang mit der Friedensmission der Europäischen Union im Tschad, an der sich das polnische Kontingent ab September 2008 beteiligen wird, beginnen polnische Soldaten mit der Errichtung des polnischen Lagers für 400 Personen. Die Aufgabe des polnischen Kontingents wird v.a. in der Sicherung von Konvois mit humanitären Hilfslieferungen bestehen, die für Flüchtlingslager bestimmt sind.
31.05.2008	Auf dem Kongress der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) wird Grzegorz Napieralski mit 231 Stimmen zum neuen Parteichef gewählt. Der bisherige Parteivorsitzende, Wojciech Olejniczak, erhält 210 Stimmen. Napieralski wird dem Flügel zugerechnet, der kritisch gegenüber einer Öffnung zur linken Mitte eingestellt war und die Aufkündigung der Verbindung mit der Demokratischen Partei (Partia Demokratyczna – PD) innerhalb des Bündnisses Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) gefordert hatte, die Anfang April erfolgte.
02.06.2008	Vertreter der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Solidarność) kündigen auf einer Pressekonferenz den Beginn eines Streiks im Postwesen ab Mitternacht an. Über die Forderungen nach Gehaltserhöhungen war bei den letzten Gesprächen zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Postdirektion in der vergangenen Woche keine Einigung erzielt worden.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer verglichenen Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen